

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 12. Oktober 1983

am Donnerstag, dem 13. Oktober 1983

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann (CDU/CSU)	68, 69	Dr. Hirsch (FDP)	58
Berschkeit (SPD)	41, 42	Horacek (DIE GRÜNEN)	95, 96
Frau Blunck (SPD)	112, 113	Dr. Hupka (CDU/CSU)	30, 31
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	7, 8	Immer (Altenkirchen) (SPD)	43, 108
Brück (SPD)	44, 45	Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	92
Dr. Bugl (CDU/CSU)	54, 55	Jaunich (SPD)	101, 102
Catenhusen (SPD)	38, 79	Kirschner (SPD)	80, 99
Conradi (SPD)	11, 12	Dr. Klejdzinski (SPD)	111
Dr. Czaja (CDU/CSU)	39, 40	Klose (SPD)	22
Frau Dr. Czempiel (SPD)	13, 14	Krizsan (DIE GRÜNEN)	51, 93
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	107	Dr. Kübler (SPD)	52, 53
Egert (SPD)	25	Lennartz (SPD)	64, 65
Ehrbar (CDU/CSU)	114, 115	Dr. Linde (SPD)	28, 29
Eigen (CDU/CSU)	116, 117	Löffler (SPD)	26, 27
Dr. Enders (SPD)	32, 90	Frau Matthäus-Maier (SPD)	85, 86
Eylmann (CDU/CSU)	74, 75	Müller (Schweinfurt) (SPD)	5, 6
Gerstl (Passau) (SPD)	83, 84	Müntefering (SPD)	16, 17
Gilges (SPD)	81, 82	Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	100
Dr. Göhner (CDU/CSU)	66, 67	Paterna (SPD)	2, 48
Frau Gottwald (DIE GRÜNEN)	34, 35	Pauli (SPD)	4
Hauser (Esslingen) (CDU/CSU)	91	Peter (Kassel) (SPD)	105, 106
Heistermann (SPD)	87, 88	Frau Reetz (DIE GRÜNEN)	94
Frau Dr. Hickel (DIE GRÜNEN)	20, 21	Reimann (SPD)	59, 60
Hinsken (CDU/CSU)	70, 71	Dr. Rose (CDU/CSU)	33

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schlatter (SPD)	62, 63	Frau Dr. Skarpelis-Sperk (SPD)	18, 19
Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	15	Dr. Sperling (SPD)	46, 47
von Schmude (CDU/CSU)	78	Stahl (Kempen) (SPD)	49, 50
Schneider (Berlin) (DIE GRÜNEN)	36, 37	Stiegler (SPD)	76, 77
Dr. Schöffberger (SPD)	24, 89	Stockleben (SPD)	72, 73
Frau Schoppe (DIE GRÜNEN)	103, 104	Stutzer (CDU/CSU)	118, 119
Schreiner (SPD)	1	Valberg (SPD)	109, 110
Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	56, 57	Waltemathe (SPD)	9, 10
Sielaff (SPD)	97, 98	Frau Weyel (SPD)	3
Frau Simonis (SPD)	23, 61		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	6
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	18

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

1. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Wie viele Ausbildungsplätze, insbesondere für Mädchen, könnten bei der Deutschen Bundespost mehr geschaffen werden, wenn die derzeitige Kurzausbildung von Mädchen für bestimmte Aufgabengebiete des Fernmelde-, Büro-, Postscheck- und Postspar-kassendienstes durch eine anerkannte Berufsausbildung als „Verwaltungsangestellte(r)“ ersetzt würde?
2. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Wird die Bundesregierung der Deutschen Bundespost auferlegen, bei Werbemaßnahmen für den Anschluß an Breitbandverteilnetze Mietern und Hauseigentümern alle tatsächlich mit der Nutzung solcher Anschlüsse verbundenen Kosten darzustellen und das Prinzip der Freiwilligkeit durch Aufklärung über die einzelfallbezogene Rechtslage zu gewährleisten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

3. Abgeordnete
Frau
Weyel
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, angesichts des Ausbildungsplatzmangels für Mädchen Maßnahmen zu ergreifen, um die Praxis der geschlechtsspezifischen Anbietung von Ausbildungsplätzen und die damit verbundene Benachteiligung auch in solchen Berufen zu unterbinden, die für Männer und Frauen geeignet sind?
4. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Trifft es zu, daß bei bundeseigenen Betrieben, wie Bundespost und Bundesbahn keine Lernbehinderten mehr als Auszubildende oder als Jungarbeiter eingestellt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

5. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Ablehnung des Entwurfs der Europäischen Tierschutzkonvention durch die Parlamentarische Versammlung des Europarates, und welche Initiativen wird sie im Hinblick auf die Erarbeitung einer neuen Konvention ergreifen, um die Tierversuche wirksamer als bisher einzuschränken?
6. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, bei der angekündigten Novellierung des Tierschutzgesetzes von 1972 wesentlich strengere Schutzmaßnahmen und wirksamere Einschränkungen der Tierversuche vorzuschlagen, als es in dem Entwurf des Europarates über ein Europäisches Übereinkommen zum Schutz von Versuchstieren vorgesehen war, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die in Artikel 9 des Konventionsentwurfs vorgeschlagene Anzeige- und Genehmigungsregelung?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

7. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Wie ist die Entwicklung von Schüler- und Jugendfahrten in die DDR seit 1979 hinsichtlich der Teilnehmerzahl und der finanziellen Förderung verlaufen?
8. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, in Zukunft auch Kurzreisen von Schüler- und Jugendgruppen (Ein- und Zwei-Tagesreisen) in die DDR zu fördern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

9. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Zweckentfremdungsverordnung und die Hindernisse für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen aufgehoben werden sollten?
10. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der soziale Wohnungsbau bis auf eine Restgröße mittelfristig eingestellt werden sollte?
11. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Neugestaltung der Eigentumsförderung nach dem „Investitionsgutmodell“ erfolgen sollte?
12. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die 2. Berechnungsverordnung fehlerhafte Ansätze für die Zinsen und falsche Vorstellungen über Entschuldungsgewinne enthält?
13. Abgeordnete
Frau
Dr. Czempel
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das Wohngeld in seiner bewährten Form nur noch vorläufig beibehalten und durch ungebundene Transferzahlungen ersetzt werden sollte?
14. Abgeordnete
Frau
Dr. Czempel
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Propagierung der Selbst- und Eigenhilfe im Wohnungsbau eine Anstiftung zur Steuerhinterziehung ist?
15. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die öffentliche Hand nicht mehr wie bisher aus sozialen Gründen besonders preisgünstiges Bauland für einkommensschwächere Haushalte zur Verfügung stellen sollte, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus für die öffentliche Eigentumsförderung?
16. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Einkommensgrenzen, die zum Bezug einer öffentlich geförderten Wohnung berechtigen, herabgesetzt werden sollten?

17. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Gemeinnützige Wohnungswirtschaft unter mangelnder Effizienz leidet, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus für eine Neuregelung des Rechts der Gemeinnützigkeit?
18. Abgeordnete
Frau
Dr. Skarpelis-Sperk
(SPD) Treffen Pressemeldungen (Allgäuer Rundschau vom 30. September 1983) zu, die besagen, daß der Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau innerhalb eines Jahres präzise Aussagen darüber machen will, auf welche Weise den Gemeinden in Fremdenverkehrsgebieten Möglichkeiten — beispielsweise durch die Erhebung besonderer Steuern und Abgaben vor Ort — an die Hand gegeben werden sollen, den ausufernden Zweitwohnungsbau in den Griff zu bekommen?
19. Abgeordnete
Frau
Dr. Skarpelis-Sperk
(SPD) Wenn ja, wann ist tatsächlich mit einer solchen Gesetzesvorlage zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

20. Abgeordnete
Frau
Dr. Hickel
(DIE GRÜNEN) Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dem neuerdings erstellten Gutachten über die Struktur der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung in Braunschweig-Stöckheim im Hinblick auf die wissenschaftliche Mitbestimmung der Mitarbeiter(innen) im Rahmen des Wissenschaftlich-Technischen Rates zu ziehen?
21. Abgeordnete
Frau
Dr. Hickel
(DIE GRÜNEN) Welche Haltung gedenkt die Bundesregierung in der Frage der inhaltlich-wissenschaftlichen Mitbestimmung der Mitarbeiter(innen) im Aufsichtsrat der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung in Braunschweig-Stöckheim einzunehmen?
22. Abgeordneter
Klose
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Werften in das Programm Fertigungstechnik bei der Förderung von Systemen CAD und CAM einzubinden?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

23. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD) Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung in der deutschen Bevölkerung im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß eine anti-amerikanische Haltung, und wenn ja, welche Umstände sieht die Bundesregierung als Ursachen dieser Haltung an?

24. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Wieviel Geld hat die Bundesregierung bislang ausgegeben, um im Anschluß an die UN-Resolution vom 30. Juni 1978 die deutsche Bevölkerung über das weltweite Wettrüsten und die damit verbundenen Gefahren eines Atomkrieges aufzuklären, und wieviel will die Bundesregierung demgegenüber aufwenden, um die deutsche Bevölkerung vor den „in der Friedensbewegung lauernden Gefahren“ aufzuklären und zu warnen?
25. Abgeordneter
Egert
(SPD) Sind die im ZDF gesendeten Ausführungen des Bundeskanzlers, daß manche mehr akademische Spielereien, die da auf Papieren und in anderen Texten entstanden sind, den Bundeskanzler nicht sonderlich beeindrucken, eine Absage an die Thesen der Herren Albrecht und George?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

26. Abgeordneter
Löffler
(SPD) Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zur Äußerung des französischen Wirtschaftsministers Delors ein, der in den wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR eine Gefahr für die Zusammenarbeit Europas sieht?
27. Abgeordneter
Löffler
(SPD) Auf welche Bestimmungen des EG-Vertrages oder andere Abmachungen unter den Vertragsparteien beziehen sich die Anmerkungen des französischen Wirtschaftsministers?
28. Abgeordneter
Dr. Linde
(SPD) Welche Entscheidung der Bundesregierung lag der Initiative von Bundesminister Genscher zugrunde, auf Vertagung der Entscheidung über die Tierschutz-Konvention im Minister-Komitee des Europarates zu dringen, und welches waren die dafür maßgebenden politischen Erwägungen?
29. Abgeordneter
Dr. Linde
(SPD) Hat Bundesminister Genscher als Mitglied der Bundesregierung oder in einer anderen Funktion beim Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung um Vertagung der Beschlußfassung über die Tierschutz-Konvention gebeten?
30. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) In welcher Weise kann die Bundesregierung die jüngsten Empfehlungen und Forderungen des Europarates zur Situation der Rußlanddeutschen in die Gespräche und Verhandlungen mit der Sowjetunion einbringen, und wie beurteilt sie angesichts des bisherigen Verhaltens der Sowjetunion die Erfolgschancen?
31. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung die griechische Regierung dahin gehend verständigen, daß es nach unserer Rechtsauffassung nur eine deutsche Staatsangehörigkeit gibt, weshalb keinem Flüchtling aus der DDR das Recht genommen werden darf, sich auf diese deutsche Staatsangehörigkeit zu berufen?

32. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Behörden in Teheran den Ärzten und Ärztinnen, die teilweise schon viele Jahre in der Bundesrepublik Deutschland leben und arbeiten, keine Ausbürgerungsanträge aus der iranischen Staatsangehörigkeit bewilligen, und wie kann sie dazu beitragen, daß diese die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten?
33. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Womit begründet die Bundesregierung das Durchbrechen des Flug-Boykotts mit der Sowjetunion durch Herrn Botschafter Dr. Andreas Meyer-Landrut, der laut SPIEGEL Nr. 39/1983 dienstlich über Wien nach Bonn flog?
34. Abgeordnete
Frau
Gottwald
(DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Schritte haben das Auswärtige Amt und die deutsche Botschaft in Tegucigalpa seit Anfang Juni 1983 unternommen, um — wie den Überbringern einer Petition von 4 600 Personen seitens des Auswärtigen Amts zugesichert — die seit März 1983 im Gefängnis einsitzende Deutsch-Honduranerin Inés Schwaderer-Murillo während ihres Gefängnisaufenthalts konsularisch zu betreuen und eine offizielle Prozeßbeobachtung durch die deutsche Botschaft vorzubereiten, vor allem unter den Gesichtspunkt, daß in diesem Fall der Zeitraum der Anklagevorbereitung nicht einen Monat, wie dies normalerweise der Fall ist, sondern bereits drei Monate andauert?
35. Abgeordnete
Frau
Gottwald
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf Wunsch der honduranischen Regierung beabsichtigt ist, die in Honduras an der Grenze zu El Salvador gelegenen Lager Colomancagua und Mesa Grande für ca. 17 000 salvadorianische Flüchtlinge zum Zweck der Verbesserung der Operationsmöglichkeiten des honduranischen Militärs gegen die in El Salvador operierende salvadorianische Guerilla zu verlegen, obwohl sich die Flüchtlinge eindeutig gegen eine Verlagerung ins Landesinnere ausgesprochen haben, und ist die Bundesregierung bereit, ihre finanziellen Leistungen im Rahmen der humanitären Hilfe auch für diese Zwangsverlagerung zur Verfügung zu stellen, die für die Flüchtlinge massive soziale und humanitäre Probleme nach sich ziehen würde, wie bei der vor zwei Jahren erfolgten Verlagerung von La Virtud nach Mesa Grande?
36. Abgeordneter
Schneider
(Berlin)
(DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen über Methoden und Häufigkeit von Folter an Kindern in der Türkei liegen der Bundesregierung vor bzw. wie beurteilt die Bundesregierung die ihr vorliegenden Informationen über diese Tatsache?
37. Abgeordneter
Schneider
(Berlin)
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung gegenüber der türkischen Regierung wegen Kinderfolter vorstellig geworden bzw. beabsichtigt sie dies zu tun?
38. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, dem chilenischen Exilpolitiker Volodia Teitelboim das Einreisevisum für einen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland vom 17. bis 20. September 1983 zu verweigern?

39. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die menschenrechtswidrige und gegen internationale Konventionen verstoßende Massenvertreibung und Verfolgung der Indios in Nicaragua, was wird sie, zusammen mit befreundeten Staaten — auch der EG —, unternehmen, um die Beendigung der gravierenden Menschenrechtsverletzungen einzufordern?
40. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß einerseits die VR Polen — auch nach der Einstellung der Zins- und Tilgungsraten für die Verschuldung im Westen und nach Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 — die den Ostblock stärkenden Rüstungsausgaben weiter um 7,1 v. H. bzw. 5,4 Milliarden Dollar erhöht hat, andererseits aber auch in diesem und in den folgenden Jahren verbürgte und nichtverbürgte hohe Schulden an die Bundesrepublik Deutschland nicht zahlen kann, und wenn dies zutrifft, wie beurteilt die Bundesregierung das Zusammentreffen von hohen Schäden für unsere Steuerzahler mit der verstärkten, gegen die Sicherheit des westlichen Bündnisses gerichteten Rüstung?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

41. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung aus dem Vorhaben des seit 1979 laufenden Programms zur Förderung von Investitionen auf dem Gebiet der Luftreinhaltung bei Altanlagen bereits Erkenntnisse vor, die den Schluß zulassen, daß auf diese Weise gleichzeitig eine notwendige Verminderung von Schadstoffemissionen, insbesondere an Schwefeldioxid, Stickoxiden und Schwermetallen bewirkt wird?
42. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- Wieviel der für das angesprochene Programm insgesamt vorgesehenen Fördermittel in Höhe von 560 Millionen DM konnten bisher mit welchem Gesamtinvestitionsvolumen vergeben werden?
43. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die öffentlichen Äußerungen von leitenden Beamten des Bundesgrenzschutzes an der deutsch-deutschen Grenze, daß zwar die Selbstschußanlagen unmittelbar an der Grenze („wegen Überalterung“) abgebaut würden, 600 Meter innerhalb der DDR jedoch ein Gürtel neuer, moderner und präziser funktionierender Schußapparate installiert würde, und wie wird die Bundesregierung gegebenenfalls darauf reagieren?
44. Abgeordneter
Brück
(SPD)
- Welche Erfolge hat die bisherige Arbeit der Internationalen Kommission zum Schutz von Saar und Mosel gebracht?
45. Abgeordneter
Brück
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherige Arbeit der Internationalen Kommission zum Schutz von Saar und Mosel?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

46. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung — entsprechend des von Dr. Kohl und Dr. Zimmermann unterzeichneten Antrages der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Drucksache 8/3804) eine besondere sachkundige Stelle einzurichten, die bei der Erarbeitung von Rechtsvorschriften besonders die Notwendigkeit und ihre Praktikabilität prüft?
47. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung den von Dr. Kohl und Dr. Zimmermann unterzeichneten Entwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Bereinigung des Bundesrechtes zu übernehmen, um das Gesetzeswesen übersichtlicher und verständlicher zu machen?
48. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung zu der Frage, ob Kosten für Hausverkabelungen zum Anschluß an Breitbandverteilnetze im freien und im sozialen Wohnungsbau auf nicht anschußwillige Mieter umlagefähig sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

49. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung und wie beurteilt sie die Vorgänge über das Ausmaß der Verlagerung von Betrieben oder Betriebsteilen und der damit verbundenen Arbeitsplatzvernichtung in der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit dem Berlinförderungsgesetz, die nur aus steuerlichen Gründen vorgenommen werden?
50. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD) Ist die Bundesregierung der Meinung, daß das Gesetz einer Ergänzung bedarf, um eine reine Verlagerung von Arbeitsplätzen aus steuerlichen Gesichtspunkten, deren Kosten der Gesamtwirtschaft anheimfallen, auf neue Innovationen von Technologien und Produkten und die damit verbundene Schaffung von neuen Arbeitsplätzen beschränkt werden sollte?
51. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN) Wann gedenkt die Bundesregierung, durch Gesetz entsprechend Artikel 2 I Bewertungsänderungsgesetz 1965 den Zeitpunkt einer neuen Hauptfeststellung der Einheitswerte des Grundbesitzes zu bestimmen?
52. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington, und in welchen Punkten stimmen die Haltung der Bundesrepublik Deutschland und der USA nicht überein?
53. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Sieht die Bundesregierung nicht schädliche Widersprüche zwischen den Bemühungen der Weltbank, der für die Finanzierung von Entwicklungsprojekten zuständigen Schwesterorganisation des IWF und den neuen restriktiven Maßnahmen des IWF, insbesondere werden die geforderten Restriktionen des IWF nicht die Entwicklung der Länder um Jahre zurückwerfen, als daß sie zu einer Gesundung der Volkswirtschaften führen?

54. Abgeordneter
Dr. Bugl
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die durch die Finanzgerichte Hamburg (AZ II 76/83) und Freiburg (AZ III 130/83) geäußerten Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Investitionshilfegesetzes vom 20. Dezember 1982 und die Rechtsunsicherheit, die durch die Freistellung der klagenden Arbeitgeber von der Abführung der Investitionshilfeabgabe entstanden ist, auszuräumen?
55. Abgeordneter
Dr. Bugl
(CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung unterbinden, daß durch die entstandene Rechtsunsicherheit in großem Umfang Rechtsbehelfe mit Anträgen auf Aussetzung der Vollziehung die Finanzverwaltung und im Lohnsteuerabzugsverfahren die Wirtschaft belasten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

56. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das Ergebnis der Leipziger Herbstmesse unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung des innerdeutschen Handels?
57. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um den erkennbar härteren Finanzierungsbedingungen durch die DDR — mit negativer Auswirkung auf die mittelständischen Betriebe — entgegenzuwirken, und sieht die Bundesregierung besondere Förderungsnotwendigkeiten, um den mittelständischen Betrieben bei den erheblich gestiegenen Messekosten die Teilnahme an der Leipziger Messe zu erleichtern?
58. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Ist der Bundesregierung etwas darüber bekannt, daß Interessenten aus Saudi-Arabien beabsichtigen, in erheblichem Umfang — gegebenenfalls einer Sperrminiorität — Anteile der Rheinmetall Berlin AG erwerben zu wollen, um damit Einfluß auf den größten deutschen Waffenhersteller, die Rheinmetall GmbH, nehmen zu können?
59. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Liegt der Bundesregierung mittlerweile die vom Bundeskanzler beim Bundesminister für Wirtschaft in Auftrag gegebene Untersuchung der Energiepreisstruktur extrem stromintensiver Betriebe vor (siehe Plenarprotokoll 10/16 vom 23. Juni 1983, S. 1037)?
60. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Zu welchen Ergebnissen gelangt diese Untersuchung, und welche energiepolitischen Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus, bezogen auf die Notwendigkeit des zu erhaltenden derzeitigen Energiepreises für energieintensive Industrien wie den Aluminiumhütten und bezogen auf die Erhaltung des deutschen Steinkohlebaues aus beschäftigungsmäßigen und nationalen Gründen?
61. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Treffen Berichte zu (MANAGER-Magazin, September-Ausgabe), daß von den 7000 Anträgen, die 1982 auf Zuteilung von „Zuschüssen zu Personalaufwendungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich kleiner und mittlerer Unternehmen“ gestellt wurden, ca. 1000 auf Grund von Aktivitäten von Unter-

- nehmensberatern gestellt wurden, wobei allein die Firma Filix 400 Aufträge initiierte, und kann die Bundesregierung bejahendenfalls bestätigen, daß diese Berater 35 v. H. Berater- (und Erfolgs-) Honorar der Zuweisung im ersten Jahr, 12 v. H. in den folgenden Jahren auch dann kassieren, wenn die Unternehmer die Anträge selber formulieren und ausarbeiten, bzw. ein Ausfallhonorar bekommen, wenn keine Anträge gestellt werden?
62. Abgeordneter
Schlatter
(SPD) Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, wie sich die zunehmende Verarbeitung von Rohöl durch die erdölfördernden Länder auf Kapazitäten und Arbeitsplätze der in der Rheinschiene ansässigen chemischen Industrie auswirken werden?
63. Abgeordneter
Schlatter
(SPD) Welche Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei der betroffenen heimischen Industrie plant die Bundesregierung bzw. werden von ihr empfohlen?
64. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die erdölexportierenden Länder — vor allem des arabischen Raums — mehr und mehr die erste Erdölverarbeitungsstufe selbst übernehmen und dafür unter anderem industrielle Anlagen aus der Bundesrepublik Deutschland nutzen?
65. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) Kann die Bundesregierung einschätzen, in welchem Zeitraum auch die weiteren Verarbeitungsstufen für Erdöl von den erdölfördernden Ländern übernommen werden, und welche Auswirkungen diese Entwicklung auf Kapazitäten der heimischen erdölverarbeitenden Industrie in den nächsten Jahren haben wird?
66. Abgeordneter
Dr. Göhner
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die wachsenden Dumping-Importe bei Möbeln aus der DDR und anderen Ostblockländern im Zusammenhang mit dem gesamten Osthandel, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegen derartige Dumping-Praktiken zu unternehmen?
67. Abgeordneter
Dr. Göhner
(CDU/CSU) Welche Resultate haben die Anti-Dumping- oder Preisprüfungsverfahren des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft beim Import von DDR-Möbeln bisher erbracht, und welche Wirkung zeigt die Einzelgenehmigungspflicht beim Import von Polstermöbeln?
68. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in letzter Zeit die Importe von Zement aus der DDR nach Schleswig-Holstein mit einer Größenordnung von 100000 t im Jahr besorgniserregend zugenommen haben?
69. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Wenn ja, mit welchen Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, den zunehmenden Dumping-Exporten aus Ostblockländern und der DDR in die Bundesrepublik Deutschland zu begegnen, um damit bestimmte Branchen in ihrer Existenz zu schützen?

70. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Nach welchen Kriterien werden Zonenrandförderungs-
mittel vergeben, und über welche Stellen, außer dem Ministerium, läuft die Antragsentwicklung?
71. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Wie viele Anträge liegen derzeit aus Niederbayern und der Oberpfalz vor, und können diese Anträge vom Finanzvolumen her berücksichtigt werden?
72. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung New Yorker Börsenkreise (Wirtschaftswoche, 19. August 1983, S. 6), wonach die Stahlindustrie Japans, Europas und der USA ab 1984 bis zum Ende des Jahrhunderts einer gesicherten Zukunft entgegensehen könne?
73. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls daraus für die künftige deutsche Stahlpolitik?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

74. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die im Handwerk vielfach vertretene Auffassung, daß unterschiedliche Beschäftigungsgrenzen in Gesetzen und Verordnungen (z. B. § 4 SchwbG: 16 Arbeitsplätze einschließlich Lehrlinge, § 10 Lohnfortzahlungsg: 20 Arbeitnehmer ausschließlich Lehrlinge, § 17 KSchG: 20 Arbeitnehmer einschließlich Lehrlinge, §§ 124 b, 133 h, 134 GewO: 20 Arbeitnehmer ausschließlich Lehrlinge, § 719 RVO: 20 Arbeitnehmer einschließlich Lehrlinge) juristisch nicht vorgebildete Betriebsinhaber vor große Schwierigkeiten bei der Beachtung gesetzlicher Vorschriften stellt?
75. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, hier zu einer Rechtsvereinheitlichung (etwa zu einer Grenze von 20 Arbeitnehmern ohne Lehrlinge) zu kommen?
76. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Welche Auswirkungen wird die von der Bundesregierung geplante Bewertung der Ausfallzeiten nach dem Verhältnis zu den tatsächlich möglichen Beitragszeiten auf die Alterssicherung der Saisonarbeiter insbesondere in der Bau- und Forstwirtschaft haben, die in der Regel jährlich aus Gründen ihres Wirtschaftszweiges nicht mehr als acht Monate beitragspflichtig beschäftigt sind?
77. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Welche Renteneinbußen erleidet ein während seines normalen Arbeitslebens in der Bau- oder Forstwirtschaft beschäftigter Arbeitnehmer dadurch, daß im Vergleich zu früherem Recht für die Zeit der Arbeitslosigkeit nicht mehr volle Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt werden?

78. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach § 520 Abs. 1 RVO den pflichtversicherten Arbeitnehmern der Arbeitgeberanteil auf der Basis von 50 v. H. des Beitragssatzes der zuständigen gesetzlichen Krankenkassen (zumeist Ortskrankenkassen) gezahlt wird, unabhängig davon, wie hoch der tatsächliche Beitrag ist, und ist die Bundesregierung bereit, § 520 Abs. 1 RVO so zu fassen, daß in Zukunft nur 50 v. H. der tatsächlichen Beitragssätze als Arbeitgeberanteil gezahlt werden, damit Überzahlungen vermieden werden?
79. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die verfassungsrechtlichen Bedenken des Präsidenten des Bundessozialgerichts, Georg Wannagat, gegen den geplanten Ausschluß von Angehörigen der gesetzlichen Rentenversicherungen, die bis Ende 1983 für mindestens 60 Monate Beiträge entrichtet haben, vom Bezug einer Berufsunfähigkeitsrente und Erwerbsunfähigkeitsrente, wenn sie in den letzten fünf Jahren nicht mindestens drei Jahre versicherungspflichtig beschäftigt waren, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung aus den genannten verfassungsrechtlichen Bedenken für ihr Gesetzesvorhaben ziehen?
80. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wie lange ist die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von der Antragstellung bis zur Auszahlung von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe bei der Arbeitsverwaltung?
81. Abgeordneter
Gilges
(SPD)
- Wie viele Fälle aus den Jahren 1980 und 1981 sind der Bundesregierung bekannt, die gegen das Verbot der Kinderarbeit (§ 5 JArbSchG) verstoßen?
82. Abgeordneter
Gilges
(SPD)
- Wie viele Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen nach § 6 JArbSchG Ausnahmen von Aufsichtsbehörden erteilt bzw. abgelehnt wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

83. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD)
- Welche Gründe waren für die kurzfristige Absage des „NATO-Smoke-Experiments“ auf dem Truppenübungsplatz Heuberg durch die Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung am 4. August 1983 ausschlaggebend, und warum erfolgte die Absage so kurzfristig unmittelbar vor Beginn der Durchführung?
84. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD)
- Welche Gründe sind vom Bundesminister der Verteidigung den beteiligten NATO-Nationen für die Absage des Experiments genannt worden, und wie beurteilt die Bundesregierung die durch die Absage des Experiments innerhalb der beteiligten NATO-Länder eingetretene Verstimmung und einen dadurch eventuell aufgetretenen Zweifel an der Ernsthaftigkeit der deutschen Verteidigungsanstrengungen?

85. Abgeordnete
Frau
Matthäus-
Maier
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß nach Aussage von Beteiligten die Vertreter der Landesregierung von Baden-Württemberg gegen die Durchführung des NATO-Smoke-Experiments vor allem politische Bedenken äußerten, wie z. B. die Stimmungslage in der Bevölkerung im Zusammenhang mit den Friedensdemonstrationen in Großengstingen und anderen Aktionen im „heißen Herbst“, Auswirkungen auf das Stimmverhalten der Bürger bei einer bevorstehenden Wahl und politische Konsequenzen für den Fall, daß sich Medien und Öffentlichkeit der Sache annähmen?
86. Abgeordnete
Frau
Matthäus-
Maier
(SPD)
- Ist daraus die Schlußfolgerung zulässig, daß es in Wirklichkeit gar nicht um Umweltschutzargumente, sondern um politische Begründungen ging, und ist es nicht so, daß die Absage des Experiments durch die politische Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung vorrangig aus den gleichen politischen Gründen erfolgte?
87. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Erkennt die Bundesregierung in der Absage des NATO-Smoke-Versuches einen krassen Widerspruch zwischen ihrem permanenten Anspruch („Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik Deutschland müssen glaubhaft sein“) und der Wirklichkeit ihres Handelns?
88. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Ernsthaftigkeit ihrer Aussage unter Beweis zu stellen und das NATO-Smoke Experiment in absehbarer Zeit in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen, und wenn ja, wann?
89. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD)
- Warum und zu welchen Kosten überträgt die Bundeswehr ihre eigene Sicherung und Bewachung Unternehmen des privaten Bewachungsgewerbes?
90. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Wie wird die Bundesregierung mit der Einberufung von wehrpflichtigen Abiturienten verfahren, die weder zum Juli- noch zum Oktobertermin 1983 einberufen wurden und nun erhebliche Verzögerungen für die Aufnahme ihres Studiums oder ihrer Ausbildung hinnehmen müssen, und wie können diese Nachteile vermieden werden?
91. Abgeordneter
Hauser
(Esslingen)
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um die Hubschrauber der Bundeswehr, die nicht ausschließlich als Sanitätshubschrauber verwendet werden, für den Fall des Transports von verletzten Soldaten oder Zivilisten im Verteidigungsfall mit dem Zeichen des Roten Kreuzes kenntlich zu machen?
92. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Art und Wirkungsweise der von der UdSSR gebauten sogenannten Bio-Bombe, und treffen Pressemeldungen zu, daß bereits acht Bio-Kampfstoff-Fabriken in der Sowjetunion festgestellt worden sind?

93. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN) Ist der Bundesregierung bekannt, daß am 26. September 1983 infolge von Fehlschüssen vom NATO-Truppenübungsplatz Bergen fünf bis sechs 20-Millimeter Übungsgeschosse in das sechs Kilometer entfernte Winsen/Aller einschlugen, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diese immer wieder vorkommende Gefährdung der Anwohner von Truppenübungsplätzen zu tun?
94. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN) Welche Notwendigkeit besteht für die Bundesrepublik Deutschland, die laut Auskunft des Pressesprechers des Wehrbereichskommandos V der Bauherr ist, für den Neubau einer Standortmunitiionsniederlage — wie es der Pressesprecher nennt — südlich des Autobahnzubringers Rheinau — Achern, obwohl die in Achern stationierten Einheiten Transporteinheiten sind?
95. Abgeordneter
Horacek
(DIE GRÜNEN) Seit wann und aufgrund welcher vertraglicher Vereinbarungen werden auf dem US-Army-Gelände in Frankfurt-Hausen, Rosittenerstraße 13, die Pershing I- und Pershing II-Systeme deponiert, montiert und gewartet?
96. Abgeordneter
Horacek
(DIE GRÜNEN) Ist die Bundesrepublik Deutschland angesichts des von den Frankfurter GRÜNEN im Römer am 21. September 1983 und des in der Hessenschau vom 3. Oktober 1983 vorgelegten Beweismaterials bereit, die US-Regierung aufzufordern, die bereits gelieferten Systemteile der Pershing II-Raketen des amerikanischen Rüstungsproduzenten Martin Marietta, von dem Pershing Modificationszentrum Europa, Frankfurt-Hausen, Rosittenerstr. 13, zurückzuziehen, oder sind die oben genannten Aktivitäten bereits ein Teil der sogenannten „vorbereitenden Maßnahmen“ für die Stationierung der Pershing II, die, wie die Große Anfrage des Abgeordneten Bastian und der Fraktion DIE GRÜNEN ergab, im Einvernehmen mit der Bundesrepublik Deutschland getroffen werden, obwohl die Verhandlungen in Genf noch nicht abgeschlossen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

97. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Meinung vieler Fachleute, daß die Zusammensetzung der Prüfungsausschüsse für Kriegsdienstverweigerung aus zeitlichen Gründen bis zum 1. Januar 1984 in der im neuen Kriegsdienstverweigerungsgesetz (KDVG) vorgesehene Form nicht vorgenommen werden kann und damit bestätigt wird, daß das Gesetz übereilt verabschiedet worden ist?
98. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Kann die Bundesregierung mitteilen, wie das Formblatt der Ablehnung bei Kriegsdienstverweigerung aussieht, und ob der Ablehnung durch das Bundesamt für Zivildienst eine schriftliche Begründung für den Prüfungsausschuß beigegeben wird?
99. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie hoch ist der Anteil der neu hinzukommenden Sozialhilfeempfänger an den Arbeitslosen?

100. Abgeordnete
Frau
Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Ausbildung zum Heilpraktiker durch private gewerbliche Ausbildungsstätten — wöchentlich inserierende „Institute“ — qualitativ weit unter dem Niveau der sechs dreijährigen Ganztags-Fachschulen des Heilpraktiker-Berufsverbandes „DH“ (Deutsche Heilpraktiker e. V.) liegt, mit dem Effekt, daß nur ein sehr geringer Prozentsatz der Absolventen dieser gewerblichen Ausbildungsstätten zur Führung einer eigenen Praxis befähigt wird, und ist der Bundesregierung weiterhin bekannt, daß die gewerblich betriebenen Ausbildungsstätten für die Auszubildenden um ein Vielfaches teurer sind als die Verbandsfachschulen?
101. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
- Treffen Meldungen (z. B. der Spiegel Nr. 40 vom 3. Oktober 1983) zu, wonach das Bundesgesundheitsamt das Arzneimittel „Felden Tabs 10 und 20“ zugelassen haben soll, obwohl die Zulassungskommission diesem Vorhaben ablehnend gegenüberstand?
102. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
- Worauf bezog sich gegebenenfalls die Ablehnung der Zulassungskommission, und was gab für die abweichende Entscheidung des Bundesgesundheitsamtes den Ausschlag?
103. Abgeordnete
Frau
Schoppe
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Zulassung des Antirheumatikums „Felden Tabs 10 und 20“ durch das Bundesgesundheitsamt trotz der Ablehnung durch die Zulassungskommission des Amtes?
104. Abgeordnete
Frau
Schoppe
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch eine Meldepflicht von Schädigungen durch Arzneimittel, die oft zum Tode führen, durch behördlich zugelassene Pharmaka die derzeitig ansteigende Zahl solcher Zwischenfälle gesenkt werden könnte und die Bundesrepublik Deutschland dadurch ihren Platz als Schlußlicht in bezug auf die Arzneimittelsicherheit in den westlichen Industrieländern verlassen würde?
105. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, nach denen in der Bundesrepublik Deutschland ein Überangebot stationärer Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe festgestellt werden kann oder im nächsten Jahr zu erwarten ist, und wenn ja, in welchem Umfang?
106. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Fälle von spekulativem Mißbrauch im Bereich von Alten- und Pflegeheimen bekanntgeworden, die auf einer Überversorgung mit solchen Einrichtungen beruhen und denen mit dem vorhandenen Instrumentarium des Bundessozialhilfegesetzes nicht wirksam begegnet werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

107. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-
Gmelin
(SPD)
- Wird die Bundesregierung aus dem jetzt vorliegenden Schlußbericht über die erste Phase der ÖPNV-Modelluntersuchung Landkreis Tübingen mit der Zusatzuntersuchung Ammertalbahn/Durchführung der Strecke Tübingen—Ammerbuch—Herrenberg—Sindelfingen—Stuttgart auf der Schiene die Konsequenz ziehen, endlich selbst die Initiative zu ergreifen, um zusammen mit dem Land Baden-Württemberg und den regional verantwortlichen Gebietskörperschaften die Möglichkeiten zu erörtern, die sich nicht nur zur Erhaltung der Ammertalbahn selbst, sondern auch zur Durchführung dieser Strecke auf der Schiene ergeben?
108. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß im privaten Omnibusverkehr, und hier insbesondere im Schülerverkehr, überwiegend Aushilfsfahrer mit mehr als 60 v. H. eingesetzt werden, wobei häufig der Tatbestand der Schwarzarbeit erfüllt ist, und was gedenkt sie, insbesondere auch im Blick auf die Verkehrssicherheit dagegen zu tun?
109. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)
- Wie ist der derzeitige Stand der Planungen der Umgehungsstraßen in Garmisch-Partenkirchen, und wie sieht die zeitliche Abfolge der Realisierung dieser Straßen aus?
110. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)
- Welchen Einfluß hätte eine erfolgreiche Bewerbung Garmisch-Partenkirchens für die Olympischen Winterspiele 1992 auf die Durchführung dieser Straßenbaumaßnahmen?
111. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach einem von der Firma Bayer gemeinsam mit der finnischen Anlage-Firma W. Rosenlew Ltd. entwickelten neuen Verfahren die Aufkonzentrierung von Dünnsäure auf 65 v. H. in Vakuum-Zwangsumlauf-Verdampfern 50 v. H. Energieersparnis bringt, und wenn ja, warum verordnet die Bundesregierung nicht einen sofortigen Stopp der Dünnsäureverklappung?
112. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD)
- Welche Schadstoffe in welchen Mengen wurden in den letzten 10 bis 15 Jahren im Wege der sogenannten Verklappung in den Bereich der Nordsee bzw. in den Bereich der Ostsee eingeleitet?
113. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD)
- Welchen Firmen wurden in diesem Zeitraum Verklappungsgenehmigungen erteilt?
114. Abgeordneter
Ehrbar
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, daß der Bundesverkehrsminister ein neues Verkehrsschild entwickelt, wonach nur lärmarme Kraftfahrzeuge in eine Straße einfahren dürfen?
115. Abgeordneter
Ehrbar
(CDU/CSU)
- Welche rechtlichen Veränderungen wären dazu erforderlich, und bis wann ist gegebenenfalls mit diesem Schild zu rechnen?

116. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung alles nur Erdenkliche unternehmen, um die Bundesbahnstrecken Heide-Neumünster, Bad Oldesloe-Neumünster und Ascheberg-Neumünster auch für den Personenverkehr zu erhalten?
117. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Gibt es bei der Bundesregierung bzw. der Deutschen Bundesbahn Pläne, die sicherstellen, daß die Arbeitsplätze in wichtigen Bundesbahnunternehmen, wie z. B. dem Bundesbahnausbesserungswerk in Neumünster, auch in Zukunft erhalten bleiben?
118. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Nach welchen Verfahren werden künftig die Korrosionsschutzarbeiten an der Rader Kanalhochbrücke und an anderen Brückenbauten des Bundes „umweltfreundlich“ durchgeführt, und ist dann sichergestellt, daß es zu keinen Schäden mehr kommt?
119. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wer ist dafür verantwortlich, daß bei der Konstruktion der Rader Kanalhochbrücke nicht erkannt worden ist, daß damit schon Umweltschäden vorprogrammiert wurden, und warum ist nicht wie bei den später gebauten Kanalüberquerungen auch hier eine Brücke gebaut worden, die eine sogenannte Werkstatt-Konservierung der einzelnen Brückenteile zuläßt?

Bonn, den 7. Oktober 1983

